

Einfuhrverweigerung Einfuhrsteuer.

erheilt, daß eine solche Importorganisation von uns nur angenommen werden kann, wenn die Zahl derjenigen Rohstoffe und Nahrungsmittel, an deren Ausfuhr und Transit die Auflage absoluter Wiederausfuhrverweigerung geknüpft wird, eine mäßige ist, und wenn einer Reihe wichtiger nationaler Industrien eine freie Ausfuhrmöglichkeit auch dann gewährleistet wird, wenn sie mit den eingeführten Rohstoffen arbeitet, die an sich unter das absolute Ausfuhrverbot fallen, immerhin vorausgesetzt, daß ihre Verwendung zu direkten Kriegszwecken nicht in Frage steht. Wir müssen zum Zwecke des für unser Land eine Lebensbedingung be-

deutenden Austauschverkehrs die erforderlichen Kompensationsmöglichkeiten schaffen, und es muß uns gelingen, uns von jeder ausländischen Bevormundung freizuhalten. Die wirtschaftliche Politik des Bundesrates ist stets eine neutrale gewesen und wird auch in Zukunft eine streng neutrale sein. So kann auch gar keine andere sein, weil wir uns eine von der allgemeinen Politik losgelöste, besondere Bahnen wandelnde Wirtschaftspolitik, zumal unter den gegenwärtigen, so überaus schwierigen Verhältnissen, gar nicht denken können.

Der Einfuhrruß muß, um annehmbar zu sein, die Möglichkeit schaffen, diese neutrale Stellung auch fernerhin einzunehmen. Wir sind mit unserm nördlichen Nachbar in der Hinsicht auf die Sicherstellung der loyalen Einhaltung der an die Einfuhr in die Schweiz geknüpften Verpflichtungen zu einer befriedigenden Lösung gelangt. Andererseits haben sich in den letzten Tagen unerwartete Schwierigkeiten bei der Ausgestaltung der Einfuhrorganisation gezeigt. Die abgeänderten Vorschläge der in Betracht fallenden Staatsgruppe haben uns überrascht und enttäuscht. Es handelt sich um Italien und den Dreiverband. Bei den ganz vortrefflichen Beziehungen, die wir mit allen für die Regelung dieser wirtschaftlichen Fragen in Betracht kommenden fremden Staaten unterhalten, dürfen wir wohl erwarten, daß sie der Schweiz alles ersparen werden, was eine übermäßige Beeinträchtigung ihrer freien wirtschaftlichen Tätigkeit oder gar eine unfruchtbare Minderung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit bedeuten würde. In unserer eigenen Bevölkerung aber hoffen wir auf eine vorurteillose und nüchterne Beurteilung der realen Verhältnisse und auf das Vertrauen, daß unsere Behörde nichts eingehen wird, was mit der Ehre und Unabhängigkeit des Landes sich nicht vereinbaren ließe.

Der Interpellant Ständerat Biniger dankt hierauf für die Ausführungen des Bundesrates, welche den Redner in der Ueberzeugung gestärkt haben, daß von Seiten der Regierung alles getan werde, um die wirtschaftliche Existenz auch in dieser schweren Krisis zu sichern, obwohl die Schwierigkeiten offenbar wohl viel größer sind, als man gemeinhin annimmt.

Lachenal (Genf) stellte den Antrag, eine allgemeine Diskussion über dieses Thema zu halten.

Bundesrat Hoffmann ersuchte davon Abstand zu nehmen, worauf Lachenal temperamentvoll replizierte, daß er dies bedauere. Wenn eine Aussprache unterbleibe, so sei dies eine Art Zensur. Redner wollte sodann die Angelegenheit zu erörtern beginnen, wurde aber vom Präsidenten unterbrochen.

Der Ständerat lehnte hierauf mit 21 gegen die 8 Stimmen der französischen und italienischen Mitglieder der Bundesräte die Debatte ab.